

Die „Krise“ und ihre Folgen für Wohlfahrtsstaaten und Soziale Dienste in Europa

Prof. Dr. Marion Möhle

veröffentlicht unter den socialnet Materialien

Publikationsdatum: 21.12.2013

URL: <http://www.socialnet.de/materialien/172.php>

Die „Krise“ und ihre Folgen für Wohlfahrtsstaaten und Soziale Dienste in Europa

Marion Möhle

Einleitung

Unter dem Titel „Die Krise ist da“ wird der Anstieg der Armut in Deutschland konstatiert und als Ausdruck zunehmender sozialer Ungleichheit gewertet (vgl. Schneider, Stilling, Woitering 2013). Die wichtigste Aussage ist dabei die Feststellung, dass die Armutsgefährdungsquote seit 2006 stetig gestiegen ist und „Deutschland ein tief zerrissenes Land“ ist (a.a.O., S. 68). Dass dies mit der „Krise“ zusammenhängt, wird nicht explizit gemacht, es wird aber nicht nur in der Überschrift darauf Bezug genommen, wenn die Autoren bei einem Ausbleiben politischen Handelns ein Auseinanderdriften der Gesellschaft mit dramatischen Folgen befürchten: „Auf dem Spiel stehen unser Sozialstaat, unsere Demokratie – kurz: der Lebensstandort Deutschland.“ (ebda.).

Welche Krise ist hier nun aber gemeint – und inwiefern hat diese Krise Folgen für den Wohlfahrtsstaat? Und welche möglichen Folgen dieser Krise lassen sich hier für die Sozialen Dienste erkennen?

1. Die Krise

Krisen stellen in der Geschichte immer wiederkehrende Phänomene dar, die das „Ergebnis von Spannungen und Widersprüchen“ in konkreten sozialen Verhältnissen sind (Bader et al. 2011, 11).

Mit der aktuellen Krise ist längst mehr als die weltweite Finanzmarktkrise gemeint, die ihren Ausgang im Sommer 2007 durch Fehlspekulationen am US-Immobilienmarkt nahm. Daraus entwickelte sich sehr schnell eine europäische Krise, die vor allem die Banken betraf (vgl. Vogel 2013). Die Regierungen einiger Mitgliedsländer der Europäischen Union versuchten, die Banken vor der Pleite zu schützen und gleichzeitig durch Konjunkturprogramme Rezessionen abzuwenden. In der weiteren Folge kam es in einigen Ländern der Eurozone wie Griechenland, Portugal und Spanien zur Zunahme der Staatsverschuldung, die mit massiven Sparprogrammen gesenkt werden sollte. Auf europäischer Ebene wurden mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und dem Fiskalpakt zwei Instrumente

eingeführt, die die Austeritätspolitik festschreiben sollten. Während der ESM die Kreditvergabe restriktiv regeln soll, ist das Ziel des Fiskalpakts, die Staatsverschuldung zu begrenzen (vgl. Vogel 2013, 95).

Es hat also zunächst den Anschein, als handele es sich bei der aktuellen Krise tatsächlich vornehmlich um eine Finanzmarktkrise. Allerdings haben bereits im Dezember 2009 in Griechenland Gewerkschaften mit einem Generalstreik auf die angekündigte Sparpolitik reagiert, womit die Krise die Bevölkerung unmittelbar tangiert hat (vgl. Vogel 2013, 137). In der Folge kam es in mehr als der Hälfte der Mitgliedsländer der Europäischen Union zu wiederholten Protestaktionen gegen die Sparmaßnahmen ihrer jeweiligen Regierungen und gegen die Austeritätspolitik der Europäischen Union (vgl. a.a.O., 138 ff.).

Dass also die aktuelle Krise Europas längst mehr ist als eine Finanzkrise, ist mittlerweile breit diskutierter Konsens (vgl. Mergel 2012). Die Bedeutung der Krise ist auch deswegen so weitreichend, weil ihre Lösung so tiefgreifende Maßnahmen erfordert, die auf demokratischem Wege kaum durchsetzbar sind. Eine Vergemeinschaftung der Schulden und eine Lasten-Umverteilung in ganz Europa wäre notwendig, ist aber kaum machbar (vgl. Offe 2013, 67). Es handelt sich nicht zuletzt auch um eine politische Legitimationskrise, die die Integration Europas und damit den sozialen Frieden bedroht (vgl. Guérot 2013, 4). Einige AutorInnen gehen sogar so weit, von einer „multiplen Krise“ zu sprechen, die neben der Finanzmarktkrise gleichzeitig auch eine sozial-ökologische Krise, eine Reproduktionskrise und eine Krise der parlamentarischen Demokratie ist (vgl. Bader et al. 2011, 13 ff.).

2. Die „Krise“ als soziale Krise Europas

Wie sehr sich die Krise auch auf die soziale Lage auswirkt, wird an den aktuellen Jugendarbeitslosenzahlen deutlich. Hier liegen die Arbeitslosenquoten für die Mitgliedsländer der EU bei 27,1 Prozent, wobei in den südlichen europäischen Ländern exorbitant hohe Zahlen mit 59,2 Prozent für Griechenland und 56,6 Prozent für Spanien konstatiert werden müssen (vgl. Eurostat 2013).

Die Folgen dieser hohen Arbeitslosenquoten sind weitreichend und werden die Sozialleistungssysteme der europäischen Wohlfahrtsstaaten überlasten, wenn nicht umfangreiche Maßnahmen ergriffen werden, um den Betroffenen Chancen für einen Einstieg in den Arbeitsmarkt zu eröffnen. Mit der „Beschäftigungsinitiative für junge

Menschen“ (vgl. Europäische Kommission 2013) soll eine Vielzahl von Maßnahmen dazu beitragen, für die ca. 7,5 Millionen jungen Menschen, die weder in Arbeit noch in Ausbildung sind, Möglichkeiten der Integration in den Arbeitsmarkt zu fördern.

Die Folgen der Krise für die Entwicklung der Armutsquoten sind noch nicht absehbar, wobei eine Studie der OECD bereits darauf hindeutet, dass bereits in den ersten Jahren der Krise bis 2010 ein Anstieg der Armutsquoten in den Mitgliedsländern der Europäischen Union zu verzeichnen war. Angesichts der weiteren Entwicklung der Krise und der Tatsache, dass die Leistungsansprüche vieler arbeitsloser Personen ausgeschöpft sind, geht die OECD von einem weiteren Anstieg der Armutsquoten aus (vgl. OECD 2013, S. 6 ff.).

Dabei stellt Armut für die Europäische Union längst kein neues Problem mehr dar, schon 1994 wurde im Weißbuch Sozialpolitik die Bedeutung der sozialen Mindestsicherung betont. Mit dem Vertrag von Amsterdam, der 1997 in Kraft trat, wurde die Sozialpolitik in die Vertragsgrundlagen der EU integriert. Allerdings wurde erst mit der Lissabon-Strategie, die im Jahre 2000 vom Europäischen Rat verabschiedet wurde, die Armutsbekämpfung zu einem expliziten Ziel erklärt. Mit der Lissabon-Strategie sollte die EU bis 2010 zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ entwickelt werden. Neben wirtschaftspolitischen Zielsetzungen gehörte auch das Ziel der „sozialen Kohäsion“ zum Kernbestand dieser Strategie.

Dies ist ein explizit sozialpolitisches Ziel, was durchaus als eine Weiterentwicklung der europäischen Integration gewertet werden kann. Denn obwohl die Europäische Union in der Sozialpolitik eingeschränkte Kompetenzen hat, die durch das Subsidiaritätsprinzip eng abgesteckt sind, hat die europäische Integration einen großen Einfluss auf die Sozialpolitik in den Mitgliedsländern (vgl. Leibfried 2011, 11).

Um die Umsetzung dieser sozialpolitischen Zielsetzungen zu erreichen, wurde im Gefolge der Lissabon-Strategie mit der Offenen Methode der Koordinierung (OMK) ein neuartiges Instrument geschaffen. Hier wird in einem rechtlich nicht bindenden, freiwilligen Verfahren ein Austausch- und Lernprozess der Mitgliedsländer in verschiedenen Feldern der Sozialpolitik der EU vorangetrieben (vgl. Preunkert 2009). Ein wichtiges Element der Offenen Methode der Koordinierung ist die regelmäßige Berichterstattung der Mitgliedsländer, die in Nationalen Sozialberichten (NSB) über ihre politischen Maßnahmen in den Bereichen soziale Eingliederung und Armutsvermeidung, Renten sowie Gesundheit und Langzeitpflege berichten. Diese

Nationalen Sozialberichte werden vom Ausschuss für Sozialschutz, ein vom Europäischen Rat eingesetztes Gremium, zusammengetragen und bewertet. Auf Basis dieser Nationalen Sozialberichte wird ein gemeinsamer Bericht erstellt. Der Bericht für das Jahr 2012 verdeutlicht, dass sich die soziale Lage in den Mitgliedsländern verschlechtert. So ist nahezu ein Viertel der Bevölkerung der EU von Armut oder sozialer Ausgrenzung gefährdet und dies wird vom Ausschuss für Sozialschutz auch als Folge der Krise betrachtet, wie nachfolgendes Zitat verdeutlicht.

„As the crisis persists and people’s income situation in some Member States continuously worsens, the depth of poverty has become one of the main challenges for a number of Member States.“ (European Commission 2013, 29).

3. Europa in der Krise und die sozialpolitischen Ziele der Strategie Europa 2020

Fast zeitgleich mit dem Entstehen der ersten spürbaren sozialen Folgen der Krise in Europa hat die Europäische Union mit der „Strategie Europa 2020“ das Nachfolge-Zehnjahresprogramm für die Lissabon-Strategie veröffentlicht. Wesentlicher Bestandteil dieser Strategie sind fünf Kernziele, von denen die folgenden drei Ziele explizit sozialpolitischen Bezug aufweisen:

- Die Förderung der Beschäftigung
- Die Verbesserung des Bildungsniveaus
- Die Förderung der sozialen Eingliederung vor allem durch Verringerung der Armut (vgl. Europäische Kommission 2010)

Dabei sind diese Kernziele nicht nur allgemein formuliert, sondern bereits in konkreten quantitativen Zielvorstellungen ausgedrückt. So sollen bis 2020 im Bereich Beschäftigung 75 Prozent der Bevölkerung zwischen 20 und 64 Jahren in Arbeit stehen und die Zahl der armutsgefährdeten Personen soll um 20 Millionen sinken (vgl. a.a.O., 5). Diese Ziele müssen von den jeweiligen nationalen Regierungen in nationale Ziele überführt werden, über die in jährlichen Nationalen Reformprogrammen (NRPs) Bericht zu erstatten ist (vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie 2013).. Diese NRPs stehen komplementär zu den oben erwähnten Nationalen Sozialberichten (NSBs), wobei beide aufeinander verweisen.

Um diese Ziele zu realisieren, wird die Offene Methode der Koordinierung weiterhin angewendet. Außerdem werden auch die Finanzierungsgrundlagen auf europäischer Ebene neu ausgerichtet. So wird mit der nächsten Förderperiode des Europäischen Sozialfonds (ESF) eine Neuausrichtung vorgenommen, die u.a. die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und der Armut vorsieht (vgl. Türk 2013, 112). Zusätzlich soll ein sog. „Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen“ aufgelegt werden (vgl. Braem 2013).

Diese Ziele können nur in einem wohlfahrtsstaatlichen Kontext erreicht werden – doch es scheint, als sei nicht nur Europa sondern auch der Wohlfahrtsstaat in der Krise.

4. Wohlfahrtsstaaten in der Krise und die Zukunft des Europäischen Sozialmodells

Dass der Wohlfahrtsstaat im Wandel ist, stellt per se keine neuartige Diskussion dar. Dabei ist entweder die Rede vom „aktivierenden Wohlfahrtsstaat“ (vgl. Lessenich 2012) oder aber von seinem „neoliberalen Umbau“ (vgl. Lessenich 2008, 12f.).

Allerdings wird in der Literatur auch vermehrt über die Krise des Wohlfahrtsstaates diskutiert (vgl. Butterwegge 2012). Dabei werden die direkten und indirekten Folgen der ökonomischen Krise auf die wohlfahrtsstaatlichen Systeme in der EU thematisiert (vgl. Busch 2009).

Zunehmend sind auch Beiträge zu finden, die im Wohlfahrtsstaat insgesamt ein auslaufendes Modell sehen. Unter Begriffen wie „Post-Wohlfahrtsstaatlichkeit“ und „post-staatliche Wohlfahrt“ (vgl. Kessl, Otto 2008; Sandermann 2010) werden Szenarien diskutiert, die ein Ende des Wohlfahrtstaates „wie wir ihn kennen“ diskutieren.

Sandermann (2010) unterscheidet hier zwei Perspektiven: zum einen die Diskussion um eine „post-staatliche Wohlfahrt“, und zum anderen um den „post-wohlfahrtlichen Staat“. Bei dem erstgenannten Diskussionsstrang handelt es sich darum, dass sich der Staat mehr und mehr aus der wohlfahrtsstaatlichen Verantwortung zieht und folglich soziale Dienstleistungen sukzessive privatisiert werden. Bei dem zweiten Diskussionsstrang um den „post-wohlfahrtlichen Staat“ geht es demgegenüber um die Frage, ob der Staat tatsächlich noch dem Anspruch gerecht wird, „Wohlfahrt“ zu produzieren oder nicht. Trotz der Unterschiedlichkeit der Stoßrichtungen dieser Diskussionen lässt sich als Gemeinsamkeit konstatieren, dass sich die Rolle des

Staates in einer bislang so nicht beobachtbaren Weise verändert (vgl. Sandermann 2010, 461).

Ein anderer Diskussionsstrang befasst sich mit dem „Ende des Europäischen Sozialmodells“ (vgl. Busch 2012, 80). Hier werden angesichts der aktuellen krisenhaften Erscheinungen Szenarien diskutiert, die die unter dem Konzept des Europäischen Sozialmodells erfassten unterschiedlichen europäischen Wohlfahrtsstaatsmodelle heutiger Provenienz ohne Zukunft sehen. Dabei ist das Europäische Sozialmodell weder politisch eindeutig bestimmbar, noch ist es in den Vertragsgrundlagen der EU rechtlich erfasst (vgl. Platzer 2011, 94).

Auf der anderen Seite lässt sich zeigen, dass die Wohlfahrtsstaaten Europas trotz aller Verschiedenheit im globalen Kontext doch Gemeinsamkeiten aufweisen, die das Konzept des Europäischen Sozialmodells legitimieren. Damit ist dann ein Konzept gemeint, das bei einem unmittelbaren Vergleich der 28 Mitgliedsländer der EU die Benennung einiger Gemeinsamkeiten erkennen lässt, was letztlich auf ein minimalistisches Europäisches Sozialmodell hinausläuft. Diese Gemeinsamkeiten beziehen sich dann auf allgemeine Elemente der Sozialpolitik, wie sie zuletzt im Reformvertrag von Lissabon festgelegt wurden, der 2009 in Kraft trat.

Anders verhält es sich, wenn die trans- und supranationale Dimension des Europäischen Sozialmodells in den Blick genommen wird und so die soziale Dimension des Integrationsprozesses betrachtet wird (vgl. Platzer 2011, 103 ff.). Dann zeigt sich, dass die Organe der Europäischen Union klare sozialpolitische Zielsetzungen benennen, deren Umsetzung aber nicht so ohne weiteres möglich ist. In der Sozialpolitik hat die Europäische Union aufgrund des Subsidiaritätsprinzips, das mit dem Amsterdamer Vertrag in die Vertragsgrundlagen der EU aufgenommen wurde, nur sehr begrenzte Kompetenzen. Sozialpolitische Zielsetzungen können daher nur formuliert und erreicht werden, wenn sie die Souveränität der Mitgliedsländer in diesem Bereich nicht verletzen. Die Europäische Union kann hier koordinierend wirken, was seit Beginn des 21. Jahrhunderts mit der Offenen Methode der Koordinierung auch geschieht.

Dabei verweist der für die Koordinierung zuständige Ausschuss für Sozialschutz in seinem jüngsten gemeinsamen Bericht, auf die „Einzigartigkeit der sozialen Dimension Europas“ (European Commission 2013, 9). Diese wird insofern positiv bewertet, als sie in den ersten Jahren der Krise Europas durch die sozialen

Sicherungssysteme stabilisierend wirken konnte – was sich als eine Referenz an ein Europäisches Sozialmodell interpretieren lässt.

„The stabilisation effects of social protection benefits witnessed in the early years of the current crisis underline the unique social dimension of Europe.“ (ebda.).

Offensichtlich sieht aber der Ausschuss für Sozialschutz das Potential der sozialen Dimension Europas als erschöpft an, denn die jüngeren Entwicklungen der sozialen Lage sind so gravierend, dass der Ausschuss jetzt dringend grundlegende strukturelle Reformen anmahnt.

„There is a need to improve the quality of fiscal consolidation and the resilience of social protection systems with a new sense of urgency. The emphasis needs to shift from short-term measures to structural reforms with the right pace and sequence in order to spur economic growth, promote high level of employment and guarantee adequate social protection.“ (a.a.O., 8).

Dabei spezifiziert der Ausschuss für Sozialschutz nicht weiter, welche Reformen hier genauer gemeint sind, dass aber ein grundlegender Wandel gefordert wird, ist unübersehbar.

Dies wird auch für die Sozialen Dienste Folgen haben. So lässt sich fragen, ob diese Entwicklungen dazu führen könnten, dass es in absehbarer Zeit keinen „traditionellen“ Wohlfahrtsstaat mehr gibt, der ja für die Sozialen Dienste immer auch Legitimationsbasis, Auftraggeber aber auch Widerpart war. Werden Soziale Dienste so zu einer „post-wohlfahrtsstaatlichen Instanz“ (vgl. Kessler, Otto 2008; Heite 2011) und stehen so womöglich vor der größten Krise seit Beginn ihrer Existenz?

5. Soziale Dienste in der Krise

Die krisenhaften Erscheinungen in Europa werden auch die Sozialen Dienste nicht unberührt lassen. So sieht Rock vor allem in der Austeritätspolitik Europas dann eine große Gefahr für die sozialen Dienste, wenn diese so darauf reagieren, dass sie „ökonomische Kriterien in den Vordergrund ihrer Arbeit rücken“ (vgl. Rock 2013, 35).

Diese Argumentation verweist auf den bereits längst vor der Krise eingesetzten Trend der Ökonomisierung sozialer Dienste, der als solcher nicht neu ist, durch die Krise aber möglicherweise ungeheuer an Dynamik gewinnen kann.

Die Diskussion um die Ökonomisierung sozialer Dienste hat verschiedene Facetten, von denen hier drei exemplarisch kurz angerissen werden sollen.

Als erster Aspekt der Ökonomisierung Sozialer Dienste ist die Entwicklung marktlicher Strukturen im Zuge der Einführung des New Public Management zu nennen. Hier wurden durch die Veränderung politischer Rahmenvorgaben z.B. wettbewerbliche Strukturen eingeführt, mit denen sich öffentliche und freie Träger zunehmend konfrontiert sahen. Dies führte zu grundlegenden Veränderungen von Organisationsformen der Sozialen Dienste, die durch „Hybridisierung“ gekennzeichnet ist, d.h. der „Re-Kombination gemeinschaftlich-assoziativer, staatlich-öffentlicher und privat-gewerblicher Handlungslogiken“ (Evers, Heinze, Olk 2011, 19).

Ein zweiter wichtiger Trend ist in der Öffnung Sozialer Dienste für kommerzielle Anbieter und folglich der Einführung der Privatisierung zu sehen. Dieser Trend ist besonders deutlich bei den gesundheitlichen Dienstleistungen zu erkennen, die bereits in hohem Umfang private Anbieter agieren, wo sich z.B. im Bereich der ambulanten Altenhilfe schon vor einigen Jahren bereits 62 Prozent der Einrichtungen in privater Trägerschaft befunden haben (vgl. Brinkmann 2010). Für die Sozialen Dienste ist dieser Trend noch nicht so ausgeprägt, wird aber wohl künftig an Bedeutung gewinnen.

Ein dritter wichtiger hier zu nennender Trend ist die Deregulierung der Arbeitsverhältnisse. Damit ist ein Zusammentreffen verschiedener Entwicklungen gemeint, wie die Zunahme atypischer Beschäftigungsverhältnisse (geringfügige Beschäftigung, Teilzeitbeschäftigung). Gleichzeitig werden hier aber auch Veränderungen der Arbeitgeber-Arbeitnehmerbeziehungen festgestellt, wie der Rückgang der Tarifbindung und die Fragmentierung des Systems der Arbeitgeber-Arbeitnehmerbeziehungen durch eine Vielzahl an intransparenten Verhandlungsebenen, die jeder Träger unterschiedlich gestaltet. Hinzu kommen die im Vergleich zu anderen Branchen schlechten Lohn- und Einkommensbedingungen, so dass hier insgesamt von einer „Sociosklerose“ die Rede ist (vgl. Evans et al. 2012; Hilbert 2013). Die Arbeitsverhältnisse im sozialen Dienstleistungsbereich sind außerdem durch eine zunehmende Ressourcenverknappung und Arbeitszeitverdichtung gekennzeichnet (vgl. Böckler Stiftung 2013).

Die Ökonomisierung Sozialer Dienste wird aber gerade angesichts der aktuellen Krise zunehmend auch kritisch betrachtet, was gleichzeitig aber auch als Chance für Soziale Dienste angesehen werden kann, „sozialinvestive, nachhaltige Strukturen durchzusetzen“. (Heinze, Schneiders 2013, 15).

Allerdings zeigen v.a. die verbandlich organisierten Sozialen Dienste ein großes Beharrungsvermögen, was einer Umsetzung einer „aktiven Bewältigungs- und Modernisierungsstrategie“ im Wege steht. (vgl. a.a.O., 14).

Die Auswirkungen der Krise auf Soziale Dienste sind folglich noch nicht absehbar, wobei es sicherlich verfehlt wäre, hier ein Ende ihrer Existenz zu prognostizieren.

6. Soziale Dienste und die Krise Europas

Stattdessen ist nun zu fragen, ob und inwiefern die Sozialen Dienste in der Krise Europas eine entscheidende Rolle zu spielen vermögen.

Der Ausschuss für Sozialschutz der Europäischen Kommission hat bereits 2011 deutlich gemacht, dass die nationalen Regierungen zur Erreichung der sozialpolitischen Ziele der Strategie „Europa 2020“ neben den Parlamenten und den Sozialpartnern explizit auch Vertreter der Zivilgesellschaft mit einbeziehen sollen (vgl. Europäische Kommission 2011, 19). Und genau hieran hat es in Deutschland in der Vergangenheit bei der Umsetzung der Ziele des vorangegangenen Programms, der Lissabon-Strategie, gemangelt (vgl. Rock 2011). Der Sachverstand der Wohlfahrtsverbände findet auch bei der Umsetzung der sozialpolitischen Ziele der Strategie Europa 2020 bislang nicht ausreichend Berücksichtigung.

Neben dem Einbezug der Wohlfahrtsverbände unterstreicht der Ausschuss für Sozialschutz deutlich, dass eine Erreichung der ehrgeizigen Ziele der Strategie Europa 2020 nur möglich ist durch ausreichend ausgestattete Soziale Dienste. So heißt es: „Des Weiteren ist für hochwertige Sozialdienstleistungen eine tragfähige Finanzierung unerlässlich.“ (Europäische Kommission 2011, 18)

Hier spielt allerdings der grundlegende Konflikt zwischen der EU und der nationalen Ebene hinsichtlich der Betrachtungsweise sozialer Dienstleistungen eine bedeutsame Rolle. Die EU betrachtet soziale Dienstleistungen als Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, die grundsätzlich dem Wettbewerbsrecht unterliegen. Hierzu gehören neben Dienstleistungen der Versorgungsinfrastruktur (Gas, Strom, Telekommunikation, Post, ÖPNV) und der Wasserversorgung und Abfallentsorgung auch die sozialen und gesundheitlichen Dienstleistungen. Zu letzteren gehören neben den staatlich erbrachten Dienstleistungen auch die nicht-staatlich erbrachten Dienstleistungen, die durch Akteure der Zivilgesellschaft wie Wohlfahrtsverbände erbracht werden.

Dies bedeutet, dass sämtliche soziale Dienstleistungen unabhängig davon, ob sie vom Staat, Markt oder der Zivilgesellschaft erbracht werden „als wirtschaftliche Aktivitäten gleich zu behandeln sind“ (Maucher 2011, 520). Damit ergibt sich eine Vielzahl von Konfliktlinien, die zwischen den Polen Wettbewerbsausrichtung und Gemeinwohlorientierung zu verorten sind und letztlich deutlich machen, dass es um wesentlich mehr geht als nur die europarechtliche Verortung von sozialen Dienstleistungen.

„Soziale NRO müssen sich mittelfristig entscheiden, ob sie zu bloßen Auftragnehmern und Dienstleistungserbringern mutieren wollen oder ob und wie sie sich als eigenständige Kraft gesellschaftlicher Mitgestaltung und sozialen Wandels, aber auch als „Ausdruck aktiven Bürgersinns“ positionieren und weiterentwickeln wollen, vor Ort und weit darüber hinaus.“ (Maucher 2011, 532 f.). Und hier stellt die Lobbyarbeit in Brüssel einen ganz entscheidenden Faktor dar, mit dem die sozialen NRO unermüdlich auf die Unverzichtbarkeit der sozialen Dienste zur Bewältigung der Krise verweisen müssen (vgl. Golbeck 2012).

Dies kann ein entscheidender Beitrag auf dem Weg zu einem Wiedererstarken eines Europäischen Sozialmodells sein, womit sich die Krise letztlich auch als Chance erweisen könnte.

Literatur

Bader, Pauline; Becker, Florian; Demirovic, Alex; Dück, Julia (2011): Die multiple Krise – Krisendynamiken im neoliberalen Kapitalismus. In: Demirovic, Alex; Dück, Julia; Becker, Florian; Bader, Pauline (Hg.): VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus. Hamburg: VSA Verlag, S. 11-28.

Böckler-Stiftung (2013): Kostendruck dominiert soziale Berufe. In: BöcklerImpuls, 6/2013, S. 7.

Braem, Henning (2013): Ein neuer Fonds gegen Armut und soziale Ausgrenzung. In: Sozialwirtschaft 2/2013, S. 32-33.

Brinkmann, Volker (2010): Sozialwirtschaft. Grundlagen – Modelle – Finanzierung. Wiesbaden: VS Verlag.

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2013): Nationales Reformprogramm 2013. Berlin.

- Busch, Klaus (2009): Weltwirtschaftskrise und Wohlfahrtsstaat. Lösungskonzepte zum Abbau ökonomischer und sozialer Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft, in Europa und in Deutschland. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Busch, Klaus (2012): Eurokrise und die Zukunft des Europäischen Sozialmodells. In: Schlatermund, Heiko; Kleinfeld, Ralf; Flore, Manfred (Hrsg.): Welche Zukunft hat Europa? EU-Projekt „Beschäftigung, Gleichstellung, Soziale Sicherheit (nestor). Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Niedersachsen Nord gGmbH, Geschäftsstelle Osnabrück und Kooperationsstelle Hochschulen Gewerkschaften in Osnabrück, S. 69 – 86.[http:// www.nestor-eu.de/fileadmin/nestor/de/downloads/Deutsch.pdf](http://www.nestor-eu.de/fileadmin/nestor/de/downloads/Deutsch.pdf) (Zugriff am 4. Juli 2013)
- Butterwegge, Christoph (2012): Krise und Zukunft des Sozialstaates. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Europäische Kommission (2010): Mitteilung der Kommission Europa 2020: Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. KOM/2010/2020.
- Europäische Kommission (2011): Die soziale Dimension der Strategie Europa 2020. Ein Bericht des Ausschusses für Sozialschutz. Zusammenfassung. Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union.
- Europäische Kommission (2013): Mitteilung der Kommission: Beschäftigungsinitiative für junge Menschen. KOM/2013/144 final.
- European Commission (2013): Social Europe. Current challenges and the way forward: annual report of the Social Protection Committee (2012). Luxemburg: Publications Office of the European Union.
- Eurostat (2013): Arbeitslosenquote des Euroraums bei 12,2 %. Pressemitteilung vom 1. Juli 2013 (Stat/13/102). URL: http://europa.eu/rapid/press-release_STAT-13-102_de.htm, (Zugriff am 5. Dezember 2013)
- Evans, Michaela et al. (2012): „Sociosklerose“: Arbeitgeber-Arbeitnehmerbeziehungen in der Sozialwirtschaft wenig zukunftsfähig. In: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit, 5/2012, S. 369-377.
- Evers, Adalbert; Heinze, Rolf G.; Olk, Thomas (2011): Einleitung: Soziale Dienste – Arenen und Impulsgeber sozialen Wandels. In: Dies. (Hg.): Handbuch Soziale Dienste. Wiesbaden: VS Verlag, S. 9-32.

- Golbeck, Christoph (2012): Soziale Dienste in Europa zwischen Kooperation und Konkurrenz. Deutsche und englische NPOs als Governance-Akteure. Freiburg: Lambertus Verlag.
- Guérot, Ulrike (2013): Zwischen Haushalts- und Legitimationsdefizit: Zur Zukunft der Europäischen Demokratie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 6-7/2013, S. 2 – 10.
- Heinze, Rolf G., Schneiders, Katrin (2013): Vom Wohlfahrtskorporatismus zur Sozialwirtschaft? Zur aktuellen Situation der freien Wohlfahrtspflege in Deutschland. In: Archiv für Wissenschaft und Praxis der Sozialen Arbeit, 2/2013, S. 4-17.
- Heite, Catrin (2011): Professionalität im Post-Wohlfahrtsstaat. Zur aktivierungspolitischen Reformulierung Sozialer Arbeit. In: Böllert, Katrin (Hrsg.): Soziale Arbeit als Wohlfahrtsproduktion. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 107-123.
- Kessl, Fabian; Otto, Hans-Uwe (2008): Soziale Arbeit ohne Wohlfahrtsstaat? Zeitdiagnosen, Problematisierungen und Perspektiven. Weinheim: Juventa.
- Leibfried, Stephan (2011): Das soziale Europa – Den Richtern und Märkten überlassen? In: Eisenbarth, Johannes (Hg.): Perspektiven für das Soziale Europa. Berlin: Eigenverlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, S. 10-20.
- Lessenich, Stephan (2008): Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus. Bielefeld: transcript Verlag.
- Lessenich, Stephan (2012): „Aktivierender“ Sozialstaat: eine politisch-soziologische Zwischenbilanz. In: Bispinck, R. et al. (Hrsg.): Sozialpolitik und Sozialstaat. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 41-53.
- Maucher, Mathias (2011): EU und soziale Dienstleistungen von allgemeinem Interesse. In: Evers, Adalbert et al. (2011): Handbuch Soziale Dienste. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 515-535.
- Mergel, Thomas (Hrsg.) (2012): Krisen verstehen: Historische und kulturwissenschaftliche Annäherungen. Frankfurt/M.: Campus Verlag.
- Hilbert, Josef; Evans, Michaela; Galchenko, Vlatcheslav (2013): Zukunftsfähigkeit gefährdet. In: Sozialwirtschaft 3/2013, S. 7-9.
- OECD (2013): Crisis squeezes income and puts pressure on inequality and poverty. New Results from the OECD Income Distribution Database.

- <http://www.oecd.org/els/soc/OECD2013-Inequality-and-Poverty-8p.pdf> (Zugriff 5. Dezember 2013)
- Offe, Claus (2013): Europa in der Falle. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1/2013, S. 67-80.
- Platzer, Hans-Wolfgang (2011): Das Europäische Sozialmodell auf dem Prüfstand. Zur wissenschaftlichen Modelldebatte und den Perspektiven der Europäischen Sozialpolitik unter den Vorzeichen der Weltwirtschafts- und Eurokrise und des EU-Reformvertrages. In: Hentges, G.; Platzer, Hans-Wolfgang (Hrsg.): Europa – quo vadis? Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 93-123.
- Preunkert, Jenny (2009): Chancen für ein soziales Europa? Die offene Methode der Koordinierung als neue Regierungsform. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Rock, Joachim (2011): Europa 2020 Strategie. Das Scheitern ist absehbar. In: Sozialwirtschaft 6/2011, S. 32-33.
- Rock, Joachim (2013): Sozialwirtschaft 2.0: Anmerkungen zum Verhältnis freier Träger zu den Leistungsempfänger/innen. In: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit, 2/2013, S. 32 – 42.
- Sandermann, Philipp (2010): Die Kontinuität im Wandlungsprozess des bundesrepublikanischen Wohlfahrtssystems. Neue Praxis 5/2010, S. 447-464
- Schneider, Ulrich; Stilling, Gwendolyn; Woitering, Christian (2013): Die Krise ist da. Armut in Deutschland auf dem Vormarsch. In: Blätter der Wohlfahrtspflege, 2/2013, S. 68-72.
- Türk, Letitia (2013): Für eine Konzentration der Mittel. In: Blätter der Wohlfahrtspflege, 3/2013, S. 111 – 115.
- Vogel, Steffen (2013): Europas Revolution von oben. Sparpolitik und Demokratieabbau in der Eurokrise. Hamburg: Laika Verlag.